

„Aufklärung durch Taten!“. Lehren und Lernen bei Rosa Luxemburg

Im Jahr 1899, kurz, nachdem sie nach Deutschland übergesiedelt und sofort in die Parteipolitik der SPD eingestiegen war, schrieb Rosa Luxemburg: „Grundsätze der Sozialdemokratie lassen sich ebenso wenig aus Broschüren und Vorträgen allein erfassen, wie sich das Schwimmen im Studierzimmer erlernen läßt. Nur auf hoher See des politischen Lebens, nur im breiten Kampfe mit dem Gegenwartsstaate, in der Anpassung an die ganze Mannigfaltigkeit der lebendigen Wirklichkeit kann das Proletariat in sozialdemokratischer Richtung geschult werden.“ Sie sieht das Lernen also nicht als totes Studieren, sondern als praktische Angelegenheit. Dabei blieb sie. Im Dezember 1918, schon in der absteigenden Linie der Novemberrevolution, sagte sie auf der Verbandsgeneralversammlung der USPD von Groß-Berlin: „Jetzt in der Revolution können keine Reden, keine Broschüren die notwendige Aufklärungsarbeit leisten. Jetzt kommt es auf eine Aufklärung durch Taten an.“

Praxislernen und Wissensproduktion `von unten`

Zwei Dinge machen Luxemburgs Auffassung so bemerkenswert. Erstens versteht sie das Lernen in einer revolutionären Partei nicht einfach als Befüllung der proletarisch-sozialdemokratischen Köpfe mit Weisheiten. Das Lernen in der Praxis durch die Proletarier*innen selbst ist eine mindestens gleichwertige Form. Damit ist der zweite, viel wichtigere Punkt verbunden. Die Mitglieder von Parteien und Gewerkschaften sind für Luxemburg nicht einfach Empfänger*innen von Bildung, sondern auch Produzent*innen von Wissen. Das Erfahrungswissen der Bewegung ist für sie nicht weniger wichtig als das von Intellektuellen und Funktionär*innen vermittelte. Damit aber nicht genug. Nicht nur, dass sie die SPD-Führung immer wieder hart kritisierte; sie forderte vom Parteivorstand zudem, dass er von den Massen lernen sollte. Mit ihrer Vorstellung vom beständigen Lernen der Arbeiter*innen bleibt sie den Wurzeln der kommunistisch-sozialdemokratischen Bewegung treu. Schließlich erwuchs diese aus zwei eng verbundenen Quellen: dem Aufbegehren gegen Ungerechtigkeit und dem gemeinsamen Lernen. Organisatorisch bildet sich die spätere SPD aus Arbeiterbildungsvereinen und aus deren Emanzipation vom ursprünglich liberal-bürgerlichen Bildungskanon. Luxemburg war selber Dozentin an der SPD-Parteischule und sah sie ihre Arbeit dort nicht als akademische Veranstaltung, sondern als eng verbunden mit ihrer propagandistischen und publizistischen Tätigkeit. Ihre Idealvorstellung war: Ein halbes Jahr Parteischularbeit, ein halbes Jahr Propaganda oder auch ein halbes Jahr lernen von den Schüler*innen der Parteischule, ein halbes Jahr lernen in Diskussionen mit den sozialdemokratischen Massen.

Revolution als Lernprozess

Diese Auffassung von Lernen und Lehren hat weitreichende Konsequenzen für die Rolle der Partei in politischen Auseinandersetzungen. Reformen müssen als Lernprozesse gestaltet werden, um eine Revolution, die Überwindung der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung, möglich zu machen. Revolutionen lassen sich nicht „schulmeistern“. Die in Revolutionen nötige Fähigkeit, Kräftekonstellationen und Handlungsmöglichkeiten schnell zu bewerten und Chancen zu nutzen, setzt selbständiges Denken voraus. Dieses muss vorher gelernt werden, wie auch die Fähigkeit, der Initiative der Massen zu vertrauen. Luxemburgs Verständnis vom Lernen stützte sich so auf zwei organisationspolitische Voraussetzungen. Auf der einen Seite auf die Bindung der Abgeordneten und Funktionäre an die Massen. Und auf der anderen Seite auf weitest mögliche partizipative Formen.

[vielleicht hier als Kasten: Eng mit Luxemburgs Auffassung von Lernen verknüpft ist ihre Auseinandersetzung mit Demokratie und politischer Organisation. Mehr dazu bei Brangsch, Lutz/

Pieschke, Miriam (Hrsg.): Sich nicht regieren lassen. Rosa Luxemburg zu Demokratie und Organisierung. Ein Lesebuch. Dietz Berlin.]

Lernen bedeutete, da zu sein, wo die Massen sind. Das hieß aber auch, aus ihren Niederlagen zu lernen, die Möglichkeit oder Notwendigkeit des Rückzugs zu kalkulieren. Im Unterschied zu vielen anderen ihrer Mitstreiter*innen verstand sie im Dezember 1918, dass die Massen nicht bereit waren, den Weg zu einer sozialistischen Räterepublik zu gehen. Auf der Generalversammlung der Berliner USPD am 15. Dezember 1918 erlitt sie mit ihrer Forderung nach Räte­demokratie statt bürgerlichem Parlamentarismus eine deutliche Niederlage. Sie zog die Konsequenz und forderte auf dem Gründungsparteitag der KPD zum Jahreswechsel 1918/1919 die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Auch hier blieb sie in der Minderheit. Die Illusion ihrer Mitstreiter*innen, die Massen mit einem Gewaltstreich kraft des Glaubens an die Revolution zu ihrem Glück zwingen zu können, war stärker. Diese Illusion, gemeinsames Lernen von Masse und Führung durch Führung ersetzen zu können, sollte Ende der 1980er Jahre in den Zusammenbruch der von Luxemburg mitgegründeten Richtung der Arbeiter*innenbewegung führen. Jeder neue Versuch der grundlegenden Veränderung von Gesellschaft muss als inklusiver, solidarischer Lernprozess auf Augenhöhe organisiert werden. Andernfalls wird er misslingen.

Miriam Pieschke/Lutz Brangsch